

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 32. Beschlussfassung und Kundmachung von Verordnungen - Information           | 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2021               |
| 33. Befristete Baulandwidmung gem. § 37a TROG 2016 - ergänzende Informationen | 36. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2021    |
| 34. Neuerungen im Dienstrecht - Dienstrechtspaket 2021                        | <i>Verbraucherpreisindex für Juni 2021 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 32.

### Beschlussfassung und Kundmachung von Verordnungen - Information

Die Gemeinde hat die im eigenen Wirkungsbereich aus dem Bereich der Landesvollziehung erlassenen Verordnungen nach § 122 Tiroler Gemeindeordnung 2001 unverzüglich, also ohne unnötigen Aufschub, der Landesregierung als Aufsichtsbehörde bekannt zu geben. Die Landesregierung hat sodann zu prüfen, ob die Verordnung gesetzmäßig zustande gekommen (zuständiges Organ, Vorliegen der Anwesenheits- und Beschlusserfordernisse, gehörige Kundmachung usw.) und ob der Inhalt der Verordnung unionsrechts-, verfassungs- bzw. gesetzeskonform ist.

Im Zuge der Ordnungsprüfung fallen immer wieder Mängel betreffend die Beschlussfassung und Kundmachung auf. Daher wird im Folgenden auf die bei der Erlassung von Verordnungen zu beachtenden Vorschriften der TGO hingewiesen.

Zur Erlassung von Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich sind der Gemeinderat, im Falle der Übertragung nach § 30 Abs. 2 lit. a TGO der Gemeindevorstand oder Bürgermeister, bzw. im Rahmen der Notkompetenz (§ 51) ebenfalls der Bürgermeister, zuständig.

Im Falle der Neuerlassung einer Verordnung, ist der gesamte Verordnungstext zu beschließen. Den Gemeinderäten ist daher auch der gesamte Verordnungstext

zur Kenntnis zu bringen bzw. vorzulegen und haben diese über den Gesamttext einen Beschluss zu fassen. Dies ist in der Niederschrift des Gemeinderates derart zu vermerken, dass darin entweder der gesamte Verordnungstext aufgenommen oder auf die Tischvorlage verwiesen wird.

Im Ordnungsprüfungsverfahren nach § 122 TGO ist auch zu beurteilen, ob die Verordnung ordnungsgemäß kundgemacht worden ist. Verordnungen von Gemeindeorganen sind gemäß § 60 TGO für die Dauer von zwei Wochen unverzüglich an der Amtstafel der Gemeinde kundzumachen. Die Kundmachung in der von der TGO vorgeschriebenen Weise ist eine Bedingung für die Gesetzmäßigkeit einer Verordnung. Eine nicht gehörig kundgemachte Verordnung entfaltet keinerlei Rechtswirkung und ist vom Verfassungsgerichtshof aufzuheben.

Es ist immer der Verordnungstext selbst und nicht nur der Auszug aus der Niederschrift über die Gemeinderatssitzung hinsichtlich der Beschlussfassung durch öffentlichen Anschlag kundzumachen. Die bloße Kundmachung, dass eine Verordnung beschlossen worden ist, ohne den vollen Wortlaut zu verlautbaren, ist keine gehörige Kundmachung (VfSlg 3094, 16548). Auch die bloße Auflage des kundzumachenden Textes zur Einsicht-

nahme in einem Raum des Gemeindeamtes genügt der Kundmachungsvorschrift nicht, weil dabei von einem "öffentlichen Anschlag" nicht mehr die Rede sein kann (VfSlg 14689, 16377).

Nach erfolgter Kundmachung ist für eine vollständige Prüfung durch die Landesregierung die Verordnung unter Anschluss folgender Unterlagen über die

Gemeindeanwendung 3.0 zur Verordnungsprüfung einzubringen:

- Auszug aus der Niederschrift, aus dem die Anwesenheits- und Beschlussfassungsverhältnisse hervorgehen
- Kundmachung der Verordnung samt Kundmachungsvermerk

## 33.

### Befristete Baulandwidmung gem. § 37a TROG 2016 - ergänzende Informationen

Eingangs wird auf das Schreiben der Abt. Bau- und Raumordnungsrecht vom 19.6.2020, RoBau-2-001/1131-2020, verwiesen, in welchem bereits grundlegend über die mit LGBL Nr. 110/2019 neu in das Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 eingeführte „befristete Baulandwidmung“ (§ 37a) informiert und diese Bestimmung im Detail ausgeführt wurde. Inzwischen konnten Erfahrungswerte gewonnen werden und es hat sich gezeigt, dass die Anwendung der befristeten Baulandwidmung nicht immer gesetzeskonform erfolgt. Seitens der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht werden daher im Folgenden ergänzende Informationen mit dem Ersuchen um entsprechende Berücksichtigung übermittelt:

a) Gemäß § 37a Abs. 1 erster Satz TROG 2016 sind befristete Baulandwidmungen nur für unbebaute Grundflächen zulässig, die von Freiland in Bauland gewidmet werden. Als „bebaut“ wird ein Grundstück jedoch nur dann gelten, wenn sich darauf relevante Baulichkeiten (Gebäude) befinden (vgl. auch Erkenntnis des VwGH vom 28.2.2017, Ro 2017/16/0002, wonach der Begriff „unbebaut“ iSd Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes 2011- TVAG 2011 dahingehend auszulegen ist, dass auf dem betreffenden Grundstück kein Gebäude errichtet ist, mag auch eine sonstige bauliche Anlage gegeben sein). Wird aus einer bebauten Fläche ein eigenständiger Bauplatz herausgeteilt, so ist die Baulandwidmung für den neuzubildenden Bauplatz zu befristen, wenn keine der in lit. a bis c angeführten Voraussetzungen vorliegt.

b) Baulandwidmungen sind gemäß § 37a Abs. 1 TROG 2016 weiters nur zu befristen, wenn nicht eine der in lit. a bis

c angeführten Voraussetzungen vorliegt. Daraus folgt jedoch auch, dass eine Befristung der Baulandwidmung unzulässig ist, wenn im konkreten Widmungsfall eine der in lit. a bis c normierten Voraussetzungen erfüllt wird. Daher wäre im Falle einer befristeten Baulandwidmung ein Raumordnungsvertrag mit der Verpflichtung, die jeweiligen Grundflächen innerhalb einer angemessenen Frist einer bestimmten Verwendung zuzuführen, unzulässig, andere Vertragsinhalte zur Umsetzung des Planungsziels (zB Überlassung von Grundflächen für geförderten Wohnbau) bleiben davon natürlich unberührt.

c) Werden Baulandwidmungen nur deshalb nicht befristet, weil deren widmungsgemäße Bebauung auf der Grundlage von Verträgen nach § 33 Abs. 2 sichergestellt ist, so sind jedenfalls kürzere Fristen als in § 37a Abs. 1 geregelt (die Widmung als Bauland tritt außer Kraft, wenn die Baubewilligung für ein der Widmung entsprechendes Bauvorhaben nicht innerhalb von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten der Widmung erteilt wird oder wenn eine solche Baubewilligung erlischt), festzulegen. Die Bebauungsverpflichtung ist an das Inkrafttreten der Widmung anzuknüpfen; die Bebauungsfristen sollen die in § 35 Abs. 1 lit. b der Tiroler Bauordnung 2018 vorgegebenen Fristen für den Baubeginn und die Fertigstellung (2 bzw. 4 Jahre) nachbilden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Tiroler Bodenfonds die Gemeinden bei Maßnahmen als Träger von Privatrechten unterstützt und den Gemeinden auf Anfrage auch MUSTER für Raumordnungsverträge zur Verfügung gestellt werden (Kontakt: Dr. Maximilian Riedmüller, maximilian.riedmueller@tirol.gv.at, Tel. 0512/508-2729).

d) Ob eine Baulandwidmung zu befristen ist oder die

widmungsgemäße Bebauung gem. § 37a Abs. 1 lit. c TROG 2016 mit Raumordnungsverträgen sichergestellt wird, ist entscheidungswesentlich für die Widmung. Daher muss für den Raumordnungsvertrag ein Gemeinderatsbeschluss vorliegen und ist dieser nach § 55 Abs. 4 TGO 2001 vom Bürgermeister und von zwei Mitgliedern des Gemeinderates zu unterfertigen. Dies ist auch im Hinblick auf § 879 ABGB (Nichtigkeit von sittenwidrigen Verträgen)

im Falle einer Anfechtung vor Gericht ganz wesentlich.

e) Die Bestimmungen für befristete Baulandwidmungen gelten auch für Grundflächen, die sich im Eigentum der Gemeinden oder des Tiroler Bodenfonds befinden.

*Mag. Ingrid Gföller*

*Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

## 34.

### Neuerungen im Dienstrecht - Dienstrechtspaket 2021

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 07. Juli 2021 eine Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 sowie zum Gemeindebeamtenengesetz 1970 beschlossen.

Soweit bei den einzelnen Punkten nichts Anderes angegeben ist, treten diese Änderungen zum 01.09.2021 in Kraft.

#### 1. Dienstleistung in der Wohnung (Homeoffice)

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Homeoffice im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie zur Attraktivierung und weiteren zeitlichen und örtlichen Flexibilisierung des Gemeindedienstes wurde in Anlehnung an die gleichlautenden Regelungen im Landesdienstrecht der rechtliche Rahmen für die Erbringung eines Teiles der Dienstleistung in der Wohnung des Bediensteten (Homeoffice) geschaffen. Der Regelungsinhalt orientiert sich dabei am Homeoffice-Maßnahmenpaket 2021 des Bundes und der im öffentlichen Dienst des Bundes bereits bestehenden Regelungen für Telearbeit.

Die Vereinbarung betreffend die Dienstleistung in der Wohnung soll befristet getroffen werden, und zwar für die Dauer von bis zu drei Jahren. Eine Verlängerung der Vereinbarung ist genauso möglich wie eine vorzeitige Auflösung bei Vorliegen eines besonderen Grundes. Die für die Erbringung eines Teiles der Dienstleistung in der Wohnung des Bediensteten erforderlichen digitalen Arbeitsmittel (Laptop, Diensthandy und Internet) sollen grundsätzlich vom Dienstgeber zur Verfügung gestellt werden. Stellt der Vertragsbedienstete in Absprache mit dem Dienstgeber eigene digitale Arbeitsmittel (z. B.

Internet) zur Verfügung, so gebührt ihm hierfür eine angemessene pauschale Abgeltung. Die Zeit im Homeoffice zählt zur Dienstzeit und gilt die Homeoffice-Tätigkeit als regelmäßige Zurücklegung der Wegstrecke an Arbeitstagen weshalb der Anspruch auf einen allfälligen Fahrtkostenzuschuss bestehen bleibt.

Die Erbringung von Dienstleistungen in der Wohnung des Bediensteten kann auch aufgrund eines bestimmten Anlasses auch tageweise vereinbart werden. In diesem Fall kann vom Erfordernis der Regelmäßigkeit und Schriftlichkeit abgewichen werden und ist auch die Bereitstellung der digitalen Arbeitsmittel nicht verpflichtend.

#### 2. Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aus beliebigem Anlass sowie zur Betreuung eines Kindes

Die derzeit für Vertragsbedienstete geltenden Regelungen in Bezug auf die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aus beliebigem Anlass sowie zur Betreuung eines Kindes sehen vor, dass durch die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit grundsätzlich 50 v. H. des für die Vollbeschäftigung vorgesehenen Beschäftigungsmaßes nicht unterschritten werden dürfen. Eine Ausnahme hiervon besteht, abgesehen von einer abweichenden Vereinbarung im Dienstvertrag, lediglich bei der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit zur Betreuung eines Kindes, solange der Bedienstete einen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld hat. Mit der nunmehr vorgenommenen Änderung wird die Untergrenze des zulässigen Beschäftigungsmaßes - unbeschadet der

Bestimmungen zur dienstvertraglichen Vereinbarung und im Zusammenhang mit der Dauer eines Kinderbetreuungsgeldbezuges - einheitlich auf 30 v. H. des für die Vollbeschäftigung vorgesehenen Ausmaßes gesenkt. Durch diese Flexibilisierung der dienstrechtlichen Rahmenbedingungen wird insbesondere karenzierten Bediensteten die Rückkehr an den Arbeitsplatz wesentlich erleichtert. Gleichzeitig wird im Hinblick auf eine bestmögliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr Wahlfreiheit eingeräumt.

### **3. Bemessungsgrundlage Urlaubersatzleistung**

Bei den Bestimmungen über die Ersatzleistung für Erholungsurlaub bei Beendigung des Dienstverhältnisses soll klargestellt werden, welche Bezugsbestandteile in die Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Ersatzleistung einzurechnen sind. Die Regelung orientiert sich hierbei am § 28b des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 des Bundes. In die Bemessungsgrundlage sind das Monatsentgelt, die anteilig gebührenden Sonderzahlungen, die pauschalierten Nebengebühren und Vergütungen, die auch während eines Erholungsurlaubes gebührt hätten und eine allfällige Kinderzulage einzurechnen.

### **4. Dienstfreistellung für Väter**

Mit dieser Änderung wird klargestellt, dass die Zeit der Dienstfreistellung für Rechte, die von der Dauer des Dienstverhältnisses abhängen, zur Gänze zu berücksichtigen ist. Diese Änderung tritt rückwirkend zum 1. Jänner 2021 in Kraft.

### **5. Bildungsfreistellung für Gemeindebeamte**

Für Vertragsbedienstete besteht nach § 85 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 zum Zweck der persönlichen Aus- und Weiterbildung die Möglichkeit, einen Bildungskarenzurlaub in Anspruch zu nehmen. Das AMS gewährt bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen als Geldleistung aus der Arbeitslosenversicherung das sog. Weiterbildungsgeld, das sich an der Höhe des Arbeitslosengeldbezuges orientiert (§ 26 Arbeitslosenversicherungsgesetz).

Dem Vorbild der Regelung im Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 folgend, besteht

zunehmend auch für öffentlich-rechtlich Bedienstete die Möglichkeit eine Bildungsfreistellung in Anspruch zu nehmen. Da öffentlich-rechtlich Bedienstete keinen Anspruch auf das Weiterbildungsgeld haben, soll diesen im Sinn einer Gleichbehandlung die Möglichkeit zu einer finanziell unterstützten Aus- und Weiterbildung eingeräumt werden.

Die Bildungsfreistellung für Gemeindebeamte orientiert sich dabei hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung an der für Vertragsbedienstete geltenden Bestimmung des § 85 des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 (Bildungskarenzurlaub) und hinsichtlich der Bezüge an den Anspruchsvoraussetzungen für das Weiterbildungsgeld nach § 26 Abs. 1 Z 1 und 5 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977. Anstelle des Weiterbildungsgeldes sollen den öffentlich-rechtlich Bediensteten durch die Ausgestaltung als Bildungsfreistellung die Bezüge in einem um 55 v. H. gekürzten Ausmaß als Dienstgeberleistung gebühren, und zwar unter der Voraussetzung, dass ein entsprechender Bildungsnachweis, der sich an den geltenden Anspruchsvoraussetzungen für das Weiterbildungsgeld von Vertragsbediensteten anlehnt, erbracht wird.

In diesem Fall gilt die Zeit der Bildungsfreistellung als ruhegenussfähige Dienstzeit, für die ein Pensionsbeitrag von den gekürzten Bezügen zu entrichten ist.

Wird ein Bildungsnachweis nicht erbracht, sind die Bezüge ab dem Zeitpunkt bzw. für die Dauer der Nichterfüllung des Bildungsnachweises zur Gänze einzustellen und ein allenfalls bereits zu Unrecht empfangener Bezug zurückzuerstatten. Aufgrund der Einstellung der Bezüge ist kein Pensionsbeitrag zu entrichten und es zählt in diesem Fall die Zeit der Bildungsfreistellung nicht zur ruhegenussfähigen Dienstzeit.

### **6. Bemessungsgrundlage Ruhebezüge Gemeindebeamte**

Nach § 52 Abs. 2 Gemeindebeamtenengesetz 1970 ist auf Pensionsansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen der 3. Abschnitt des Landesbeamtenengesetzes 1998 anwendbar, soweit in § 52 Abs. 3 bis 10 Gemeindebeamtenengesetz 1970 keine Abweichungen vorgesehen sind. Die gleichzeitig vom Tiroler Landtag beschlossene Novelle zum Landesbeamtenengesetz 1998 sieht Änderungen bei den pensionsrechtlichen Bestimmungen des 3. Abschnittes vor,

die aufgrund des § 52 Abs. 2 auch für die Gemeindebeamten zur Anwendung gelangen. Aufgrund der künftigen Hauptausrichtung auf das Besoldungssystem-Neu im Bereich des Landesdienstrechts wird für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die

Höhe der Ruhebezüge nunmehr anstelle der Dienstklasse V Gehaltsstufe 2, das Entlohnungsschema Allgemeine Verwaltung Entlohnungsklasse 16, Entlohnungsstufe 14 herangezogen.

## 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-2.179.961	-629.182	1.550.779	71,14
Lohnsteuer	22.641.635	26.036.810	3.395.175	15,00
Kapitalertragsteuer	862.395	3.249.682	2.387.287	276,82
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	467.892	1.024.270	556.377	118,91
Körperschaftsteuer	-798.633	588.747	1.387.380	173,72
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	93	330	237	254,21
Stiftungseingangssteuer	13.785	13.611	-173	-1,26
Bodenwertabgabe	4.274	-2.689	-6.963	-162,90
Stabilitätsabgabe	3.141	569	-2.572	-81,89
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>21.014.622</b>	<b>30.282.148</b>	<b>9.267.526</b>	<b>44,10</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	13.921.883	20.894.969	6.973.085	50,09
Tabaksteuer	1.758.487	1.782.730	24.243	1,38
Biersteuer	45.710	174.793	129.083	282,40
Mineralölsteuer	1.420.564	2.988.501	1.567.937	110,37
Alkoholsteuer	62.605	120.879	58.274	93,08
Schaumweinsteuer	14.736	1.264	-13.472	-91,42
Kapitalverkehrsteuern	-1.811	242	2.053	113,38
Werbeabgabe	50.349	98.872	48.522	96,37
Energieabgabe	623.636	347.169	-276.467	-44,33
Normverbrauchsabgabe	251.961	444.768	192.807	76,52
Flugabgabe	2.681	13.278	10.598	395,35
Grunderwerbsteuer	9.058.171	13.295.179	4.237.007	46,78
Versicherungssteuer	1.055.097	1.131.385	76.288	7,23
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.284.388	2.362.893	78.505	3,44
KFZ-Steuer	8.586	9.002	416	4,84
Konzessionsabgabe	180.147	232.012	51.864	28,79
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>30.737.191</b>	<b>43.897.935</b>	<b>13.160.745</b>	<b>42,82</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>51.751.812</b>	<b>74.180.083</b>	<b>22.428.271</b>	<b>43,34</b>

## 36.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	22.609.824	27.495.292	4.885.467	21,61
Lohnsteuer	189.959.441	237.601.215	47.641.774	25,08
Kapitalertragsteuer	10.362.572	16.491.786	6.129.214	59,15
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.062.522	7.269.231	2.206.709	43,59
Körperschaftsteuer	45.486.984	51.646.185	6.159.201	13,54
Abgeltungssteuern Schweiz	-52	-13	40	75,54
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	-304	-304	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.921	1.948	-1.972	-50,30
Stiftungseingangssteuer	131.853	68.657	-63.196	-47,93
Bodenwertabgabe	455.265	414.769	-40.496	-8,90
Stabilitätsabgabe	731.916	619.453	-112.463	-15,37
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>274.804.245</b>	<b>341.608.218</b>	<b>66.803.973</b>	<b>24,31</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	149.683.858	151.668.550	1.984.692	1,33
Tabaksteuer	12.637.707	12.972.438	334.731	2,65
Biersteuer	996.646	1.236.022	239.376	24,02
Mineralölsteuer	24.185.511	24.738.084	552.573	2,28
Alkoholsteuer	938.388	860.159	-78.229	-8,34
Schaumweinsteuer	150.555	-8.110	-158.665	-105,39
Kapitalverkehrsteuern	9.624	-16.061	-25.685	-266,90
Werbeabgabe	644.531	692.525	47.994	7,45
Energieabgabe	5.709.141	6.827.459	1.118.318	19,59
Normverbrauchsabgabe	2.490.377	2.766.818	276.441	11,10
Flugabgabe	315.072	81.810	-233.262	-74,03
Grunderwerbsteuer	89.496.219	107.842.390	18.346.171	20,50
Versicherungssteuer	8.590.900	8.836.664	245.765	2,86
Motorbezogene Versicherungssteuer	15.622.905	16.174.856	551.951	3,53
KFZ-Steuer	382.755	403.556	20.800	5,43
Konzessionsabgabe	1.394.117	2.105.267	711.149	51,01
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>313.248.305</b>	<b>337.182.426</b>	<b>23.934.120</b>	<b>7,64</b>
Kunstförderungsbeitrag	90.729	91.065	336	0,37
<b>Gesamtsumme</b>	<b>588.143.279</b>	<b>678.881.709</b>	<b>90.738.430</b>	<b>15,43</b>
Zwischenabrechnung	-1.273.726	13.048.864	14.322.590	1124,46
<b>Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung</b>	<b>586.869.553</b>	<b>691.930.573</b>	<b>105.061.020</b>	<b>17,90</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX</b>		
<b>FÜR JUNI 2021</b>		
(vorläufiges Ergebnis)		
	<b>Mai 2021</b>	<b>Juni 2021</b>
	<b>(endgültig)</b>	<b>(vorläufig)</b>
<b>Index der Verbraucherpreise 2020</b>		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	102,1	102,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	110,5	111,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	122,3	122,9
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	134,0	134,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	148,0	148,8
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	155,8	156,6
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	203,7	204,7
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	316,6	318,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	555,7	558,5
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	708,1	711,5
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	710,4	713,9
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat Juni 2021 beträgt 102,6 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,5 Punkte (+ 2,8 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Link <a href="#">Statistik Austria</a>.</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck